

Von Grund auf verändert

In der dialektisch-materialistischen Tradition Maos: Wang Hui als Theoretiker von Chinas »kurzem revolutionären 20. Jahrhundert« und seiner »langen Revolution«

Von Barbara Eisenmann

Ein chinesischer Filmmacher und ein chinesischer Wissenschaftler haben das chinesische 20. Jahrhundert und seine Hinterlassenschaften zu ihrem Gegenstand erkoren. Wang Bing, bekannt für seine vielstündigen Dokumentarfilme über die alte und neue Arbeiterklasse in der Volksrepublik, über die Landbevölkerung und auch die Opfer der chinesischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, sagt in dem Dokumentarfilm »Night and Fog in Zona«, den ein Kollege über ihn und seine Arbeit gedreht hat, den bemerkenswerten Satz, der Kommunismus sei in China eine Kultur. Sein Namensvetter Wang Hui, Professor am Fachbereich für Chinesische Literatur und Geschichte der Universität Tsinghua sowie Gründungsdirektor des Tsinghua Institute for Advanced Study in Humanities and Social Sciences in Beijing, drückt es anders aus, wenn er sagt, die »lange chinesische Revolution« habe die politische Subjektivität der Chinesen und Chinesinnen von Grund auf verändert. Die 1990er Jahre seien dann jedoch »der Auftakt zum Ende eines revolutionären Jahrhunderts« gewesen, so Wang Hui in seinem Buch »The End of the Revolution. China and the Limits of Modernity« (2010). Wang Bings Filme können als Anschauungsmaterial dieses postrevolutionären Zustands betrachtet werden. Man sollte die beiden Wangs eigentlich miteinander ins Gespräch bringen, doch im Folgenden wird es um Wang Huis Denken gehen.

Kritischer Intellektueller

Der 1959 geborene Wang Hui gehört zu den im Westen bekanntesten chinesischen Intellektuellen, was auch damit zu tun haben könnte, dass viele seiner Texte und einige seiner Bücher ins Englische übersetzt worden sind. Er wird der in den 1990er Jahren in der Volksrepublik sich Gehör verschaffenden Gruppe der »Neuen Linken« zugerechnet, die die damaligen neoliberalen Reformen der KPCh scharf ins Auge fasste und eine demokratische, egalitäre Gesellschaftsordnung als Alternative zum Kapitalismus formulierte. Er selbst lehnt dieses Label jedoch unter anderem als westliches Framing ab und zieht den Begriff des kritischen Intellektuellen vor. Nach der Niederschlagung der Proteste 1989 wurde er, der an der Bewegung beteiligt war, für ein Jahr in eine der ärmsten Regionen der Volksrepublik versetzt – eine Erfahrung, die ihm ein Verständnis für das Leben der Landbevölkerung ermöglicht habe, wie er später sagt. Von 1996 bis 2007 war er Mitherausgeber der damals die intellektuellen Debatten im Land prägenden Monatszeitschrift *Dushu* (»Lesen«), deren Motto »No Forbidden Zone in Reading« lautete.

Ein Besuch chinesischer Buchhandlungen dürfte jede neugierige Person aus dem Westen überraschen: von Machiavelli, Hegel, Marx, Freud, Adorno, Bloch, Hayek, Friedman, Lacan, Foucault, Butler bis hin zu Donna Haraway ist alles ins Chinesische übersetzt – wie die Autorin dieses Textes selbst auf einer Chinareise feststellen konnte –, während Übersetzungen modernen und zeitgenössischen chinesischen Denkens im Westen nach wie vor rar sind. 2008 zählte die US-amerikanische Zeitschrift *Foreign Policy* Wang Hui zu den 100 einflussreichsten öffentlichen Intellektuellen weltweit, als einer der wenigen Denker der Linken steht er da neben Slavoj Žižek und Noam Chomsky. Auch in der Volksrepublik selbst ist er einer der bekanntesten Denker.

Seine Veröffentlichungen sind zahlreich, hervorgehoben werden soll sein Opus magnum, das vierbändige Werk »The Rise of Modern Chinese Thought« (2004 in der Volksrepublik erschienen), in dem er die Entstehung des modernen chinesischen Denkens bis ins 7. Jahrhundert zurückverfolgt. Es wurde 2023 in einer gekürzten eintausendseitigen englischsprachigen Version von Harvard University Press veröffentlicht. Im Juni 2026 wurde ihm der renommierte Antonio-Feltrinelli-Preis verliehen, »für seinen Beitrag zum Verständnis der historischen Wurzeln der chinesischen Moderne sowie für seine kritische Analyse von Globalisierungsprozessen«, wie es recht unspezifisch auf der Webseite der Auslober heißt. Seit Jahren pendelt Wang Hui zwischen seiner Alma Mater in Beijing und Gastprofessuren an namhaften akademischen Instituten in den USA und Europa. Vor allem ist es wohl seinem umfangreichen Wissen geschuldet – auch die europäische Geschichte der Moderne mitsamt deren Begriffsapparaten kennt er genau –, was ihn für die westliche Leserin, egal ob Marxistin oder Liberale, attraktiv macht, wobei er ihr auch ihren eigenen Provinzialismus vor Augen führt. Es lässt sich trotzdem fragen, ob er von Teilen seiner westlichen Leserschaft nicht missverstanden wird, denn Wang Hui kann im weitesten Sinn als jemand gelesen werden, der konzeptionell in die Fußstapfen Maos tritt.

2020 wurde er in der Volksrepublik von Rong Jian angegriffen, einem früheren Marxisten und heute unabhängigen liberalen Intellektuellen. Er machte einen »Heidegger-Moment« in Wang Huis jüngerem Denken aus und prangerte dessen Staatsnähe an; zumindest letzteres ist ein alter Hut liberaler chinesischer Kritiker. Umgekehrt ist jüngst in den USA von sozialistischer Seite zu hören, Wang Hui habe sich vom Klassenkampf verabschiedet, so etwa Matthew Strupp, ein kommunistischer »Organizer« von den Democratic Socialists of America, der auch problematisiert, dass Wang Hui der offiziellen Politik bloß einen »linken Anstrich« verleihe. Man sieht an diesen beiden Kritiken, der liberalen aus der Volksrepublik und der kommunistischen aus den USA, inwiefern sich die weltpolitischen Koordinaten verschoben haben: mit Trump hin zu einem autoritär und immer gewalttätiger agierenden Kapitalismus auf der einen und Xi Jinping hin zu einem die staatlichen Zügel weiter anziehenden »Sozialismus chinesischer Prägung« oder Staatskapitalismus (je nach Perspektive) auf der anderen Seite. Es sind in der Volksrepublik unter Xi Jinping zwar auch den Kapitalismus und seine Folgen einhegende Maßnahmen ergriffen worden, unter anderem eine Antikorruptions- sowie eine Armutsbekämpfungskampagne; gleichzeitig sind die Unterdrückung von Arbeitskämpfen und sozialen Unruhen sowie die Einschränkung der freien Meinungsäußerung verschärft worden.

Zurück zur Kulturrevolution?

Anfang der 2000er Jahre wurde die westliche akademische Öffentlichkeit auf Wang Hui aufmerksam, als 2003 sein Buch »China's New Order: Society, Politics, and Economy in Transition« erschien. In einem 2006 in der *New Left Review* erschienenen Text »Depoliticized Politics, from East to West« fragte er, warum die 1960er Jahre eher ein westlicher als ein asiatischer Forschungsgegenstand zu sein scheinen, und brachte damit die Kulturrevolution in die Debatte zurück. Jeglicher Versuch einer kritischen Analyse von Chinas Problemen, schrieb er damals, auch an die Adresse der KPCh gerichtet, werde gekontert mit der Frage: »Wollen Sie in die Zeit der Kulturrevolution zurück?« Die Kulturrevolution gilt seit Maos Tod als chaotische Dekade »linker« Irrtümer. In der zweiten historischen Resolution der KPCh von 1981 wurde die »vollständige Negierung« dieser Irrtümer beschlossen und die Diskussionen darüber für beendet erklärt; Xi Jinping ließ dieses Urteil in der dritten historischen Resolution des Zentralkomitees von 2021 noch einmal bestätigen. Mit dem Ende der Kulturrevolution, die Wang Hui auch als Reaktion auf ein frühes Stadium der Bürokratisierung der KPCh liest, sei unter politische Auseinandersetzungen ein Schlussstrich gezogen worden. Waren die 1960er Jahre noch von einer weitreichenden Theorieagenda bestimmt – es ging um Fragen wie den Klassenkampf, den Charakter der chinesischen Gesellschaft, den Status der Weltrevolution usw. –, habe die KPCh seit Mitte der 1970er Jahre keine strategischen Politikdebatten mehr geführt. Eine Partei ohne Widersprüche ist eine tote Partei, ließe sich sinngemäß mit Mao sagen.

Politische Verfolgung sowie willkürliche und exzessive Gewalt, schreibt Wang Hui in dem 2017 in *Socialist Register* erschienenen Text »The ›Peoples's War‹ and the Legacy of the Chinese Revolution«, bedeuteten selbstverständlich ebenfalls das Ende politischer Diskussionen, allerdings würden viele aktuelle chinesische Veröffentlichungen, die vorgeben, das Thema Gewalt abschließend erledigt zu haben, die Notwendigkeit theoretischer Kämpfe ignorieren, was letztendlich zu politischem Stillstand führe. Zwei Merkmale eines solchen Leerlaufs hebt er in »Depoliticized Politics« in seiner im Grunde an Mao angelehnten Analyse hervor: die »Detheoretisierung der ideologischen Sphäre« sowie die Verschiebung von Wirtschaftsreformen ins Zentrum der Parteiarbeit. Die neoliberale Gestalt des Kapitalismus bringt er unter dem bis heute viel zitierten Schlagwort einer »entpolitisierten Politik« auf den Punkt und meint damit dreierlei: die Grenze zwischen der politischen Elite und den Kapitaleignern wird zunehmend unscharf; Wirtschaftsfunktionen, die der Nationalstaat innehatte, werden supranationalen Organisationen übertragen; Fragen zu Entwicklungspfaden bzw. Wirtschaftsmodellen werden zu rein technischen Angelegenheiten degradiert. Er wird nicht müde zu betonen, dass ähnliche Prozesse auch im Westen stattgefunden haben.

Chinas lange Revolution

Wang Hui hat die revolutionäre Erfahrung ins Zentrum seines »kurzen 20. Jahrhunderts« gestellt, ein Begriff, den er von Eric Hobsbawm, dem einflussreichen marxistischen Historiker, entlehnt, in dessen kurzem 20. Jahrhundert China jedoch nur eine Nebenrolle spielt. Das 20. Jahrhundert

beginne in China nicht 1914 mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs wie bei Hobsbawm, sondern zwischen 1905 (Russische Revolution) und 1911 (Chinesische Revolution), und es ende auch nicht 1991 mit der Auflösung der Sowjetunion, sondern mit dem Ende der Kulturrevolution 1976. Wang Hui kurzes Jahrhundert wird von einer Sequenz von Revolutionen in kolonialen und halbkolonialen Ländern Anfang des Jahrhunderts bestimmt, die er in Anlehnung an Lenins Schrift »Das rückständige Europa und das fortgeschrittene Asien« als das »Erwachen Asiens« charakterisiert. Es habe sich dabei, wie er in »The Twentieth Century, the Global South, and China's Historical Position« (2024) analysiert, um Revolutionen gehandelt, die sich von denen des 19. Jahrhunderts radikal unterschieden: »In Asien waren nationale revolutionäre Erhebungen, beginnend mit der Russischen Revolution von 1917, nicht länger einfach nur mit der bürgerlichen konstitutionellen Demokratie verbunden, sondern auch mit sozialen Revolutionen und bestimmten Typen von staatsbildenden Bewegungen mit sozialistischer Ausrichtung.« Die Weltordnung des 20. Jahrhunderts lasse sich daher nicht verstehen, »ohne die Perspektive der ›Revolution‹ einzunehmen«.

In einem kurzen Text von 2026 mit dem Titel »Understanding Contemporary Russia« kommt er erneut auf den »Abschied von der Revolution« zurück und beschreibt das 20. Jahrhundert als eine Zeit, in der die Widersprüche nicht nur artikuliert wurden, sondern ihre revolutionäre Bearbeitung immer auch in Vorstellungen von der Zukunft eingebettet war. Heute seien an die Stelle der Zukunft vergangenheitsorientierte Ideologien getreten. Die Schwäche antikapitalistischer Bewegungen (sein Beispiel ist Occupy) führt er darauf zurück, dass den politischen Kämpfen des 20. Jahrhunderts keine Beachtung mehr geschenkt werde. Um zeitgenössische Formen politischer Subjektivität (Partei, Klasse, Revolution) im Geist des sozialistischen Erbes zu finden, müssten die historischen Verläufe der Revolutionen in den heute als globaler Süden bezeichneten Weltregionen neu in den Blick genommen werden; der Maoismus, der dabei eine zentrale Rolle spielte, tauche aktuell jedoch nur mehr als »Synonym für Terrorismus« auf.

In »The ›Peoples's War‹« zeichnet er nach, wie in der »langen chinesischen Revolution« – ein von ihm entwickelter Begriff für den revolutionären Prozess, der in unterschiedlichen Etappen von 1911 bis 1976 verlief und die Gesellschaft politisch, ökonomisch, militärisch, ideologisch und kulturell umgestaltete – durch eine komplexe organische Verflechtung von Partei, Armee und Bauernmassen ein Klassensubjekt herausgebildet wurde, das überwiegend aus Bauern bestand und sich im und durch den Volkskrieg fortlaufend weiterentwickelte. Der Volkskrieg, den man im Rahmen des Kampfes gegen die imperialistischen Mächte, die feudalen Verhältnisse und die Verfolgung durch die Guomindang ab 1927 verorten muss, sei nicht nur ein militärisches Konzept gewesen, sondern, und das ist der springende Punkt, auch ein politisches und so gesehen ein Novum der chinesischen Revolution. Zum Volkskrieg gehörte neben der Bodenreform auch die Errichtung »roter Stützpunktgebiete«, meist in Form unabhängiger Sowjetregierungen. Sie waren »der politische Ausdruck einer Klasse, die durch kontinuierliche politische und militärische Mobilisierung ein Klassenbewusstsein entwickelt hatte«.

Neben dem Konzept des Volkskriegs insistiert Wang Hui auch auf dem ebenfalls maoistischen Prinzip der »Massenlinie«, das darin bestand, die Bedürfnisse

einer größtmöglichen Zahl von Menschen zu befriedigen, auch um sie für den revolutionären Krieg zu gewinnen. Hier, und das ist gleichfalls ein springender Punkt, habe eine Durchdringung des Militärischen mit dem Gesellschaftlichen stattgefunden. Die Frage nach dem politischen Subjekt werfe nicht zuletzt auch die Frage nach der Partei auf, denn durch die Praxis des Volkskrieges habe sich in der Volksrepublik eine neue Form von Parteipolitik entwickelt, und zwar die einer »überpolitischen Partei«, die nicht dem bürgerlichen Parteienverständnis entsprach, so wie es im 19. Jahrhundert in Europa als politisches Repräsentationsverhältnis Gestalt angenommen hatte. Die KPCh hatte den Anspruch einer »allgemeinen Repräsentation, die über die alten Klassenkategorien hinausging«. Das »Volk« der Volksrepublik China ist im maoistischen Verständnis eine politische Kategorie, die mehrere Klassen umfasst; die vier kleinen Sterne auf der Nationalflagge stehen für Arbeiter, Bauern, das Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie (im Gegensatz zur Kompradorenbourgeoisie).

Neue Massenlinie?

Sowohl für die Volksrepublik als auch für die westlichen Systeme konstatiert Wang Hui einen Repräsentationsbruch und die zunehmende Verschmelzung der Parteien mit dem Staat. Diese Entkoppelung des politischen Systems von der Gesellschaft zeige sich im Einparteiensystem der Volksrepublik darin, dass das Verhältnis zwischen Partei und Klassenbasis immer unschärfer werde, und im westlichen Mehrparteiensystem darin, dass die Unterschiede zwischen sich als links und rechts verstehenden Parteien verschwimmen sowie Parteien immer mehr einem »Staatsapparat zur Rotation von Führungskräften« glichen. Die veränderten historischen Bedingungen der kapitalistischen Globalisierung bedeuteten jedoch auch, dass die heutige Aufgabe nicht im Wiederaufbau von Klassenpolitik bestehen könne, sondern – und hier wird es vage – in der Schaffung einer »autonomeren gesellschaftlichen Sphäre der Politik (einschließlich Gewerkschaften, Bauernverbänden, ...) und insbesondere einer aktiven Arbeitspolitik, die auf die Transformation der Produktionsverhältnisse abzielt«.

Zwar hat Chinas Industrialisierung seit der Reform- und Öffnungspolitik von Deng Xiaoping eine neue arbeitende Klasse hervorgebracht, die größte der Welt, die in der Hauptsache aus Wanderarbeitern und Wanderarbeiterinnen besteht, weshalb die erneute Verwendung des Klassenvokabulars auch unumgänglich sei. Allerdings handele es sich um »locker organisierte Arbeiter in einem flexiblen Produktionssystem«, von der alten Arbeiterklasse unterschieden sie sich deutlich. Wang Bins 10stündiger Film »Youth« vermittelt einen ziemlich unmittelbaren Einblick in die Realität einer in diesem Fall in der Textilindustrie nach Strich und Faden ausgebeuteten, auf sich allein gestellten und nur ad hoc organisierten neuen Wanderarbeiterklasse. Was nun die Lehren sein könnten, die heute aus dem Maoismus zu ziehen wären, erschließt sich in »The »Peoples's War«« allerdings nicht.

In einem ins Deutsche übersetzten Text von 2014, »Repräsentationsbruch und Post-Parteien-Politik« (erschieden 2024 in dem sehr empfehlenswerten Sammelband »Chinesisches Denken der Gegenwart. Schlüsseltexte zu Politik und Gesellschaft«), richtet Wang Hui sich gegen die beiden vorhandenen Ansätze politischen Wandels: Während der rechte Flügel für die klassische

Mehrparteienpolitik im Rahmen des Parlamentarismus plädiere und der linke Flügel den allgemeinen Repräsentationscharakter der Partei neu schaffen möchte, gehe es vielmehr, so betont er hier, darum, »wie man gesellschaftliche Kräfte in größerem Umfang und auf direktere Weise am politischen Prozess teilhaben lassen kann«. Der Niedergang des Sozialismus und die Entpolitisierung der Politik hätten dazu geführt, dass die neuen Arbeiter und Arbeiterinnen vom Klassenkampf keine Vorstellung mehr haben, hält er in seinem Buch »China's Twentieth Century. Revolution, Retreat and the Road to Equality« (2016) fest, sieht aber auch hier keine Möglichkeit für eine neue Klassenpolitik, eine Politik also, deren Ziel das Ende der Ausbeutung wäre. Darauf bezieht sich Matthew Strupp mit der erwähnten Kritik an Wang Huis Rückzug vom Klassenkampf. Die Fragen, die Wang Hui sich selbst in diesem Zusammenhang stellt, nämlich »welche Art von Demokratie brauchen wir und welche Form sollte sie haben?« oder auch »was ist die Massenlinie oder Massendemokratie im neuen Zeitalter?«, die ihm als eine neue Form von Demokratie gegen das Kapital vorschweben mag, bleiben unbeantwortet. Häufig enden seine Texte mit Fragen oder Aufforderungen zur Neubestimmung von Begriffen, als ob er bei der von ihm postulierten Aktualisierung des revolutionären Erbes des 20. Jahrhunderts auf halber Strecke bzw. in der ideengeschichtlichen Arbeit stecken geblieben wäre.

Wie über »die Revolution nach der Revolution« nachzudenken wäre und inwiefern in der Volksrepublik infolge der »langen chinesischen Revolution« noch Ressourcen einer revolutionären Subjektivität existieren, darum kreisen seine Arbeiten allerdings immer wieder. In dem 2020 anlässlich Lenins 150. Geburtstags verfassten Text »The Revolutionary Personality and the Philosophy of Victory: Commemorating Lenin's 150th Birthday« sieht es so aus, als ob er der Sache selbst näher käme. Im Kontext der Coronapandemie denkt er über den Begriff der »revolutionären Persönlichkeit« und auch die Erneuerung der »Massenlinie« nach. Die Pandemie, so seine Beobachtung, habe eine gewaltige Mobilisierung der chinesischen Bevölkerung möglich gemacht, da die Regierung unter anderem auf das Modell des Volkskriegs zurückgreifen konnte. In der Anfangsphase sei der Bürokratismus der Staatsapparate auf der Ebene der Zentralregierung erfolgreich außer Kraft gesetzt worden, allerdings hätten lokale Behörden dann Fehleinschätzungen vorgenommen und an ihrer Gewohnheit festgehalten, die öffentliche Meinung zu unterdrücken; der Kampf gegen das Virus sei im Namen der Wachstumslogik ausgebremst worden.

Wang Hui spricht sich entschieden gegen die im Westen verallgemeinerte Kritik aus, die den Erfolg der Pandemieeindämmung auf den »Totalitarismus« der chinesischen Regierung zurückführt. Allerdings ist sein Blick, der in der Hauptsache doch der eines Historikers zu sein scheint, auch hier nicht so sehr ins 21. als vielmehr ins 20. Jahrhundert gerichtet. Die eigentlich interessierenden Maßnahmen, die aus seiner Sicht »einen neuen Typ vertikaler und horizontaler sozialer Mobilisierung« ermöglicht haben, werden nur äußerst cursorisch behandelt, dafür die »revolutionäre Persönlichkeit« – Lenin, Sun Yat-sen und Mao dienen ihm als Beispiele gelungener organischer Beziehungen zwischen Parteiführer, Partei und Volk (Xi Jinping wird nicht genannt) – und die »Philosophie des Sieges« beschworen: »Kämpfen, scheitern, wieder kämpfen, wieder scheitern, wieder kämpfen und so weiter bis zum Sieg; das ist die Logik des Volkes ...«, zitiert er Mao. Es ist dieser Text, der Rong Jians erwähnte Polemik provozierte, wobei es sich dabei um eine haltlose

Gleichsetzung von Wang Hui und Heidegger in Bezug auf deren Verhältnis zur jeweiligen Partei und ihrem »Führer« handelt.

Aufforderung zum Weitermachen

Man sollte Wang Hui vielmehr in der dialektisch-materialistischen Tradition Maos begreifen, als Denker, der auch das Verhältnis von Haupt- und Nebenwidersprüchen als ein flexibles, der historischen Situation jeweils anzupassendes versteht. Sein jüngster Schwenk in Richtung einer impliziten Unterstützung der chinesischen Regierung ließe sich so jedenfalls verstehen. Möglicherweise identifiziert er als gegenwärtigen Hauptwiderspruch die immer bedrohlicher werdende geopolitische Lage, die von der inzwischen »offen militärimperialistisch« (Jan Rehmann) auftretenden US-Regierung ohne nennenswerten Widerstand von seiten der transatlantischen Verbündeten Tag für Tag mit Stoßrichtung China eskaliert wird, und setzt aus diesem Grund auf das Projekt der chinesischen Regierung – vorausgesetzt, dass dieses an den Sozialismus gebunden bleibt, dessen Vollendung das Zentralkomitee erst für 2049 anvisiert hat. Inwiefern das chinesische Modell sozialistische Merkmale aufweist, steht auf einem anderen Blatt. Dass die US-Hegemonie wankt, ist freilich nicht zu übersehen. Ob sozialistische Alternativen dadurch wieder in greifbarere Nähe rücken, wie manche Marxisten und Sozialistinnen hoffen, ist allerdings offen. Man kann solche Zuversicht mit Lu Xun auch als »Widerstand gegen die Verzweiflung« lesen. Wie der die chinesische Moderne prägende Schriftsteller, Essayist, Übersetzer und Kenner der westlichen Kultur, Lu Xun, über den Wang Hui seine Dissertation geschrieben hat (»Resisting Despair: Lu Xun and his Literary World«, 1991), dürfte auch er selbst das Scheitern als Aufforderung zum Weitermachen sehen. Nicht zuletzt ist Wang Hui als Historiker der »longue durée« auch ein Denken in sehr langen Zeiträumen kein fremdes Unterfangen.

→ Barbara Eisenmann produziert Radiofeatures und bespricht politische Bücher.

<https://www.jungewelt.de/artikel/529365.china-von-grund-auf-verändert.html>